

**ENTSCHLIESSUNGSANTRAG**

der Abgeordneten Neugebauer, Mag. Haupt  
Kolleginnen und Kollegen  
betreffend Maßnahmen der Bundesregierung für Wachstum und Beschäftigung

Der aktuelle Österreich-Bericht zu den so genannten Art. IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds reiht Österreich unter jene europäischen Länder, die dank einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik und konsequent umgesetzten Strukturreformen in den vergangenen Jahren am besten abgeschnitten haben.

Europas Wirtschaft insgesamt leidet seit mehreren Jahren an einer Wachstumsschwäche. Trotzdem wird das österreichische BIP 2005 lt. WIFO-Prognose um voraussichtlich 1,8% deutlich über dem Wachstum der Euro-Zone mit 1,5% liegen.

Hohe Wettbewerbsfähigkeit, niedrige Inflationsraten und eine - auch im internationalen Vergleich - noch immer geringe Arbeitslosigkeit, bei gleichzeitig stetig ansteigender Beschäftigung sind dafür sichtbare Zeichen.

Zusätzlich zur stabilitätsorientierten Finanzpolitik, die darauf abzielt, öffentliche Ausgaben zu senken, um Spielraum für Zukunftsinvestitionen zu schaffen, wurden zur richtigen Zeit Maßnahmen seitens der Bundesregierung ergriffen.

Die Konjunkturbelebungsprogramme I und II im Frühjahr und Herbst 2002, das Wachstums- und Standortpaket im Herbst 2003, vor allem aber die größte Entlastung der vergangenen Jahrzehnte für Unternehmer und Konsumenten durch die Steuerreform 2004/2005 mit einem Volumen von 3 Mrd. €, haben zur richtigen Zeit die richtigen Impulse gesetzt.

Im Juli 2005 wurde mit dem Beschluss des Wachstums- und Beschäftigungsgesetzes 2005 unter anderem mit einem zusätzlichen Forschungsschwerpunkt von 1,3 Mrd. € ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zu einem führenden Innovations- und Wissensstandort gesetzt. Mit dieser Forschungsoffensive wird das Ziel von 2,5% bzw. langfristig 3% Forschungsquote erreicht. Bereits heute beträgt die F&E-Quote 2,35% des BIP (1999 1,88%).

Die Eckpunkte des Wachstums- und Beschäftigungsgesetzes wurden am 1. Mai im Rahmen des Reformdialoges „Wachstum und Arbeit“ ausführlich mit den Sozialpartnern diskutiert. Die Ergebnisse sind der Kern des nationalen Reformprogramms im Rahmen der Partnerschaft für Wachstum und Beschäftigung der Europäischen Union.

Im Rahmen dieser intensivierten „Lissabon-Strategie“ werden die Mitgliedstaaten von der Europäischen Kommission ersucht bis Oktober die nationale Strategie vorzulegen.

Nach Evaluierungen von WIFO bzw. BMF werden diese Wachstumsinitiativen bis zu 1% an zusätzlichem Wachstum im Jahr 2006 bewirken. Für die Hälfte davon ist die Steuerreform 2004/2005 verantwortlich.

Gemeinsam mit allen neun Bundesländern hat die Bundesregierung darüber hinaus am 8. August 2005 die regionale Wachstum- und Beschäftigungsoffensive 2005/2006 präsentiert. Neun regionale Pakete mit einem Gesamtvolumen von rd. 1,2 Mrd. € sollen bis Ende 2006 Investitionen der Unternehmen in Höhe von 3 Mrd. € auslösen und damit für rund 20.000 zusätzliche Arbeitsplätze sorgen.

Trotz des schwierigen konjunkturellen Umfeldes konnten durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik Erfolge erzielt werden. Mit 1.540 Mio. € haben 2004 die Aufwendungen für aktive und aktivierende Arbeitsmarktpolitik einen neuen Höchststand erreicht. Der Anteil am BIP betrug 0,66% und hat sich damit seit 1999 mehr als verdoppelt. In Österreich hat die Zahl der unselbständig Beschäftigten in der Folge von 2000 bis 2004 um knapp 67.000 zugenommen.

Die Bildungspolitik ist ein wesentlicher Schwerpunkt der österreichischen Standortpolitik. Das österreichische differenzierte Schulsystem mit den Allgemeinbildenden Schulen, der dualen Berufsausbildung und den Mittleren und Höheren Berufsbildenden Schulen bereitet unsere Jugendlichen durch einen praxisnahen Unterricht bestens auf die Arbeitswelt vor.

Die Fachhochschulen wurden in den vergangenen Jahren zügig ausgebaut. Heute studieren mit rd. 24.000 Personen doppelt so viele vorwiegend junge Menschen an Österreichs Fachhochschulen als noch im Jahr 2000.

Unser Ausbildungssystem trägt wesentlich dazu bei, dass Österreich mit 9,9 % eine der niedrigsten Jugendarbeitslosenquote in Europa aufweisen kann.

Die wirtschaftlichen Fakten zeigen die Leistungsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft und beweisen die Richtigkeit unserer Maßnahmen.

Mit 3.329.882 Beschäftigten wurde im Juli 2005 erneut ein Höchststand verzeichnet.

Österreichs Wirtschaft verzeichnete 2004 Exportrekorde (+13,9%). Die Exportquote erreichte mit 38% einen neuen Höchststand.

Laut Fessel-GfK-Studie liegt Österreich im EU-Vergleich nach Luxemburg bei der Kaufkraft an 2. Stelle.

2004 wurden in Österreich mit 29.740 Unternehmen um 1.418 Unternehmen mehr gegründet als im Jahr davor.

Österreich befindet sich seit dem Jahr 2000 auf dem wirtschaftspolitisch richtigen Kurs, was auch durch Studien internationaler Organisationen wie OECD, IWF usw. anerkannt wird. Um weiterhin im internationalen Standortwettbewerb erfolgreich sein zu können, und ein Maximum an Beschäftigung zu gewährleisten, muss dieser Kurs konsequent weiterverfolgt werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher folgenden

### **Entschließungsantrag:**

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Nationalrat begrüßt die aktuellen Wachstums- und Beschäftigungsoffensiven der Bundesregierung. Die österreichische Bundesregierung wird ersucht,

- die Umsetzung des beschlossenen Gesetzes für Wachstum und Beschäftigung sowie die Abwicklung der mit den Bundesländern abgeschlossenen regionalen Beschäftigungs- und Wachstums-offensive rasch voranzutreiben,
- bei der Erstellung des nationalen Reformprogramms im Rahmen der europäischen Partnerschaft für Wachstum und Beschäftigung, besonders auf die Arbeitsmarkteffekte der gesetzten Maßnahmen zu achten,

- das Ziel einer Forschungsquote von 2,5 bzw. 3% konsequent weiter zu verfolgen, und dadurch, im Zusammenwirken mit den gesetzten bildungspolitischen Maßnahmen Österreich zu einem führenden Wissens- und Innovationsstandort weiterzuentwickeln,
- das Vorziehen des so genannten „Projekt 06“ des Regierungsbeauftragten Egon Blum zur Förderung von zusätzlichen Lehrstellen auf 1. September 2005 zu gewährleisten,
- den mit der Steuerreform 2004/05 begonnenen Weg einer steuerlichen Entlastung mit dem Ziel der Absenkung der Abgabenquote bis 2010 auf unter 40 Prozent konsequent und kontinuierlich fortzusetzen, sowie
- gleichzeitig dafür Sorge zu tragen, dass im Sinne einer stabilitätsorientierten Politik die Budgetdisziplin gewahrt bleibt.“

zugelassen  
H. Blum  
H. Blum  
H. Blum